



DIHK-Innovationsreport 2011

# Innovationsdynamik deutscher Unternehmen ungebrochen

Ergebnisse einer Befragung der IHK-Organisation bei über 1100 innovativen Unternehmen



Deutscher  
Industrie- und Handelskammertag

Grundlage für den „DIHK-Innovationsreport 2011 – Innovationsdynamik deutscher Unternehmen ungebrochen“ sind Befragungen der Industrie- und Handelskammern (IHKs) bei innovationstätigen Unternehmen.

Insgesamt haben rund 1100 innovative Unternehmen an der Umfrage teilgenommen. Darunter befinden ca zwei Drittel kleine und mittlere Unternehmen (bis 250 Mitarbeiter<sup>1</sup>), im Folgenden als KMU oder Mittelstand bezeichnet, sowie knapp ein Drittel größere Unternehmen (über 250 Mitarbeiter). Die Antworten verteilen sich schwerpunktmäßig auf die Branchen Maschinen- und Anlagenbau, Automobilindustrie, Chemische Industrie, Elektrotechnik, Metallindustrie und verschiedene wissensintensive Dienstleistungsbranchen. Damit bilden die in diese Umfrage vertretenen Unternehmen einen Querschnitt der innovationsstarken Unternehmen in Deutschland ab.

Die Umfrage fand von Oktober bis Mitte November 2011 statt.

Deutscher Industrie und Handelskammertag e. V.  
Bereich Wirtschaftspolitik, Mittelstand, Innovation – Berlin 2011

Copyright	Alle Rechte liegen beim Herausgeber. Ein Nachdruck – auch auszugsweise – ist nur mit ausdrücklicher Genehmigung des Herausgebers gestattet.
	ISSN: 1869-2621
Herausgeber	Deutscher Industrie und Handelskammertag e. V.   Berlin  DIHK Berlin: Postanschrift: 10052 Berlin   Hausanschrift: Breite Straße 29   Berlin Mitte Telefon (030) 20308-0   Telefax (030) 20308 1000  Internet: <a href="http://www.dihk.de">www.dihk.de</a>
Redaktion	DIHK – Bereich Wirtschaftspolitik, Mittelstand, Innovation Dr. Alexander Schumann, Dr. Michael Liecke, Eva Schulz-Kamm
Stand	Dezember 2011

---

<sup>1</sup> Im Interesse einer besseren Lesbarkeit wird in diesem Report meist nur eine Geschlechtsform verwendet.

## Das Wichtigste in Kürze

**Innovationsdynamik bleibt hoch:** Deutsche Unternehmen arbeiten weiter hart an ihrer Wettbewerbsfähigkeit. Knapp 51 Prozent aller Betriebe geben an, ihre Innovationsanstrengungen in den nächsten zwölf Monaten zu erhöhen, 46 Prozent planen keine Veränderung und lediglich drei Prozent müssen eine Verringerung oder Streichung von Innovationsaktivitäten vornehmen. Im Vergleich zum Vorjahr bedeutet dies allerdings eine Eintrübung. Damals hatten noch knapp 60 Prozent der Unternehmen mit ausgeweiteten Innovationsbudgets geplant, lediglich knapp 39 Prozent gingen von unverändertem Innovationsverhalten aus. Die weiterhin expansiven Innovationspläne der Betriebe zeugen von der immer noch vorherrschenden Geschäftszuversicht, und den insgesamt noch als gut eingeschätzten Rahmenbedingungen für Forschung, Entwicklung und Innovation am Standort Deutschland. Fachkräftemangel und Finanzierungsprobleme drohen allerdings die expansiven Absichten der Betriebe in Zukunft zu konterkarieren.

**Mangel an Spezialisten schlägt auf Innovationsfähigkeit durch:** Der Ausbau der Fachkräftebasis ist, wie bei der Vorjahresumfrage, das zentrale Anliegen der Unternehmen zur Verbesserung des Innovationsstandortes Deutschland. Knapp 56 Prozent der Betriebe fordern dies. Gut 57 Prozent der innovationsaktiven Unternehmen berichten bereits aktuell von Beeinträchtigungen durch den Mangel an Spezialisten. Diese deutliche Einschränkung des Innovationspotenzials der deutschen Unternehmen wird mittelfristig Bestand haben – gerade vor dem Hintergrund des demographischen Wandels. Die Unternehmen reagieren mit einer breiten Palette von Aktivitäten auf die vorhandenen Fachkräfteengpässe, müssen und werden diese in Zukunft aber weiter ausbauen.

**Lage bei Innovationsfinanzierung spitzt sich zu:** Nur noch neun Prozent aller Unternehmen berichten von verbesserten und 57 Prozent von gleichbleibenden externen Finanzierungsmöglichkeiten für ihre Innovationsprojekte im Vergleich zum Vorjahr, 35 Prozent hingegen von Verschlechterungen. Dabei geben mittlerweile 23 Prozent aller Betriebe an, keine externe Finanzierung für ihre Innovationsprojekte erhalten zu können. Dies bedeutet in der Rückschau seit 2009 eine kontinuierliche Verschlechterung der Finanzierungsmöglichkeiten für Innovationsprojekte. Die angespannte Finanzierungssituation trifft KMU noch härter als größere Unternehmen und verdeutlicht die Bedeutung einer soliden Eigenkapitalausstattung – 56 Prozent der Betriebe finanzieren ihre Innovationsprojekte demnach überwiegend aus dem Eigenkapital.

**Gute Noten für die deutsche Forschungsförderung:** Ein knappes Drittel der Unternehmen hat in den vergangenen drei Jahren ein Förderprogramm des Bundes bzw. der Länder in Anspruch genommen. Dabei werden Bundes- und Länderprogramme gleichermaßen nachgefragt. Gut 80 Prozent der Betriebe geben an, jeweils gute bis sehr gute Erfahrungen damit gemacht zu haben und stellen der staatlichen Förderung damit ein grundsätzlich gutes Zeugnis für aus. Mit Blick auf die europäische Forschungsförderung zeigt sich indes ein anderes Bild. Die Unternehmen bewerten diese deutlich schlechter. Während lediglich 15 Prozent mit deutschen Bundes- und Landesprogrammen schlechte Erfahrungen gemacht haben, beurteilen 30 Prozent Europäische Programme, negativ bis sehr negativ.

**Mangelnde Technologiefreundlichkeit wird zum ernststen Innovationshemmnis:** Für 31 Prozent der Betriebe hat die Förderung einer technologieoffenen Gesellschaft für den Innovationsstandort Deutschland eine sehr hohe Priorität – bei den größeren Unternehmen (47 Prozent) sogar noch mehr als für KMU (27 Prozent).

## INNOVATIONSDYNAMIK DEUTSCHER UNTERNEHMEN UNGEBROCHEN

Deutschland verfügt über eine **solide Basis** von Unternehmen, die forschungsintensiv sind bzw. regelmäßig Innovationen hervorbringen. Diese zeichnen sich im internationalen Umfeld durch ihre Wettbewerbsfähigkeit und Innovationskraft aus und tragen maßgeblich zur Wertschöpfung und damit zu Wachstum und Beschäftigung bei. So war Deutschland auch im Jahr 2009 Exportweltmeister von forschungsintensiven Waren (670 Mrd. US-Dollar) vor den USA (561 Mrd. US-Dollar) und Japan (388 Mrd. US-Dollar). Selbst in den Krisenjahren 2008/2009 hatten die hiesigen Betriebe kaum bei ihren Innovationsaufwendungen gespart – der Anteil der Forschungs- und Entwicklungsausgaben stieg laut dem Stifterverband für die Deutsche Wissenschaft sogar deutlich an. Das gilt als ein entscheidender, begünstigender Faktor für die deutliche Belebung der Konjunktur im letzten und in diesem Jahr.

Der Innovationsstandort Deutschland ist jedoch nicht immun gegen ein sich möglicherweise verschlechterndes konjunkturelles Umfeld in Europa. Zudem ist der internationale Wettbewerb der besten Standorte für innovationsaktive und forschungsintensive Unternehmen, aber auch für gut ausgebildete Fachkräfte und exzellente Forscher in vollem Gange.

Die Politik sollte daher noch größere Anstrengungen unternehmen, innovationsfreundliche Rahmenbedingungen für die deutsche Wirtschaft zu schaffen. Fachkräfte- und Forschermangel, Bürokratieabbau, die Vereinfachung des Steuerrechts bleiben dabei weiter „Großbaustellen“. Besonderes Augenmerk sollte die Politik auf die verbesserten **Finanzierungsbedingungen** von Innovationsprojekten legen, aber auch auf Maßnahmen zur Steigerung der **Akzeptanz für Technologie und Innovation** sowie eine **auf Wertschöpfung ausgerichtete Forschungsförderung**.

## VORSCHLÄGE DER IHK-ORGANISATION FÜR DEN INNOVATIONSSTANDORT DEUTSCHLAND

### Innovationsfinanzierung ausbauen:

- Degressive AfA (Absetzung für Abnutzungen) wieder einführen.
- Einen klaren und wachstumsförderlichen Rechtsrahmen für die Wagniskapitalbranche schaffen.
- Eigenkapital schwächenden Elemente der Unternehmensteuerreform 2008, wie etwa die Besteuerung von Funktionsverlagerungen, Mantelkaufverbot, die Zinsschranke sowie die gewerbesteuerlichen Hinzurechnungen (z. B. bei Lizenzen), dauerhaft und vollständig korrigieren.

### FuE-Förderung auf industrielle Wertschöpfungspotenziale fokussieren:

- Innerhalb der Schwerpunkte der Hightech-Strategie 2020 stärker als bisher für eine gezieltere Förderung von FuE-Themen mit hoher ökonomischer Bedeutung sorgen, d.h. die Forschungspolitik muss sich mehr als heute an der bestehenden und durch die Förderung zu erwartenden Wertschöpfung ausrichten.
- Für die inhaltliche und administrative Ausgestaltung von Forschungsförderprogrammen die Praxiserfahrungen der Unternehmer nutzen.
- Bei der europäischen Forschungsförderung, insbesondere „Horizon 2020“ größere Beteiligungschancen für Unternehmen, vor allem den Mittelstand, schaffen.

### **Akzeptanz für Technologie und Innovation steigern:**

- Systemforschung ausbauen, die neben technologischen auch wirtschaftliche und gesellschaftliche Fragestellungen aufgreift.
- Geeignete Maßnahmen zur Akzeptanzsteigerung als Baustein bei der Forschungsförderung vorsehen: Gemeinsam mit der Wirtschaft, Wissenschaft und anderen Akteuren Informationsbarrieren abbauen und die Beiträge von Bürgern, Nutzern, Verbrauchern aufnehmen.
- Bereits in der Schule Begeisterung für Technik wecken und in Ausbildung oder Studium weiterführen.

# INHALT

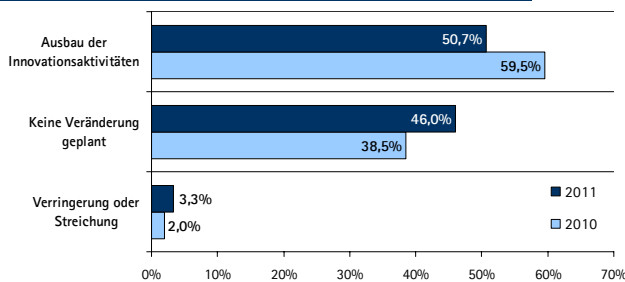
	Seite
I. ERGEBNISSE	1
1. Innovationsdynamik lässt kaum nach	1
2. Innovationsstandort Deutschland auf dem Prüfstand	3
1. Mangel an Spezialisten schlägt auf Innovationsfähigkeit durch	4
2. Kompliziertes Steuerrecht und Bürokratie bremsen Innovationsdrang	6
3. Mangelhafte Akzeptanz für Technologie und Innovation	7
4. Gute Noten für die deutsche Förderpolitik	8
5. Lage bei Innovationsfinanzierung trübt sich ein	11
3. Innerbetriebliches Innovationsmanagement wird zu selten implementiert	14
II. IHK-INNOVATIONS- UND TECHNOLOGIEBERATUNG – FLÄCHENDECKENDER SERVICE FÜR INNOVATIVE UNTERNEHMEN	15
Idee sucht Markt – IHK-Services regional und deutschlandweit	15
Übersicht in Zahlen	15
Interessenvertretung – Partner der Politik	15
ANHANG	16
Fragebogen	16

## I. ERGEBNISSE

### 1. Innovationsdynamik lässt kaum nach

Knapp 51 Prozent aller Betriebe geben an, ihre Innovationsanstrengungen in den nächsten zwölf Monaten zu erhöhen, 46 Prozent planen keine Veränderung und lediglich drei Prozent müssen eine Verringerung oder Streichung von Innovationsaktivitäten vornehmen. Im Vergleich zum Vorjahr bedeutet dies allerdings eine Eintrübung. Damals hatten noch knapp 60 Prozent der Unternehmen mit ausgeweiteten Innovationsbudgets geplant, lediglich knapp 39 Prozent gingen von unverändertem Innovationsverhalten aus.

Wie wird sich die Innovationstätigkeit Ihres Unternehmens in den nächsten 12 Monaten voraussichtlich entwickeln?



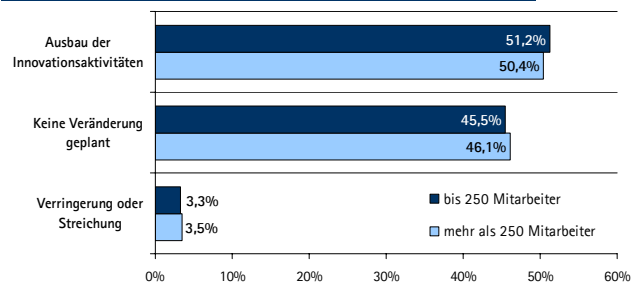
Die weiterhin expansiven Innovationspläne der Betriebe zeugen auch von den insgesamt noch als gut eingeschätzten Rahmenbedingungen für Forschung, Entwicklung und Innovation am Standort Deutschland. Zudem sorgt die starke internationale Ausrichtung der deutschen Unternehmen, einhergehend mit hohem Wettbewerbsdruck, für zusätzliche Innovationsimpulse hierzulande. Die weiterhin zu erwartende hohe Innovationsdynamik dürfte sich positiv auf das mittel- und langfristige Potenzialwachstum der deutschen Volkswirtschaft auswirken.

#### Kaum Unterschiede in den Größenklassen

Dabei zeigen sich kaum Unterschiede in den verschiedenen Größenklassen – KMU (Unternehmen mit weniger als 250 Mitarbeitern) agie-

ren etwas offensiver als die größeren Unternehmen.

Wie wird sich die Innovationstätigkeit Ihres Unternehmens in den nächsten 12 Monaten voraussichtlich entwickeln?



Deutlich dynamischer als der Branchenschnitt planen Unternehmen der Elektrotechnik den Ausbau der Innovationsaktivitäten (58 Prozent). Die weiterhin gute Geschäftslage insbesondere im Exportbereich macht sich hier bemerkbar. Etwas unterhalb des Durchschnitts liegt der Maschinenbau – 44 Prozent planen hier einen Aufwuchs.

Insgesamt befinden sich die Innovationsaufwendungen der deutschen Wirtschaft auf einem mittlerweile sehr hohen Niveau. So sind die reinen Ausgaben für Forschung und Entwicklung (FuE) in den letzten Jahren kontinuierlich gestiegen, von 1,45 Prozent des Bruttoinlandsproduktes Mitte der 1990er Jahre auf mittlerweile 1,9 Prozent im Jahr 2010<sup>1</sup>.

Für die Jahre 2011 und 2012 ist nach der vorliegende Umfrage nochmals mit einer Steigerung zu rechnen.

#### Das Drei-Prozent-Ziel ist zu schaffen

So geben lediglich knapp sechs Prozent aller Unternehmen an, in den letzten zwölf Monaten ihr Innovationsverhalten verringert oder Projekte verschoben zu haben. Hingegen konnten 30 Prozent aller Betriebe ihr Engagement erweitern. Zwei Drittel berichten von konstanten Ak-

<sup>1</sup> Pressekonferenz des Stifterverbands für die Deutsche Wissenschaft vom 5. Dezember 2011

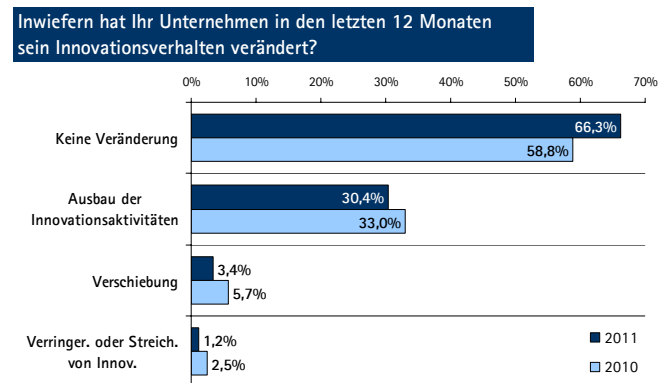
tivitäten. Verglichen mit der Vorjahresumfrage bedeutet dies ebenfalls eine leichte Eintrübung, das lässt allerdings immer noch auf einen deutlichen Zuwachs der Innovationsaufwendungen für das Jahr 2011 schließen.

Die positiven Entwicklungen, sowohl für das Jahr 2011 als auch hinsichtlich der Prognose für 2012, werden erhebliche Auswirkungen auf das Ziel der Bundesregierung und der EU haben, im Jahr 2015 (bzw. für die EU 2020) drei Prozent des Bruttoinlandsprodukts in Forschung und Entwicklung zu investieren (zwei Prozentpunkte sollen dabei von der Wirtschaft, einer vom Staat aufgewendet werden). Es ist damit zu rechnen, dass dieses Ziel im Jahr 2011 bzw. 2012 in greifbare Nähe rückt.

Dies ist auch deswegen möglich, weil die Bundesregierung trotz notwendiger Haushaltskonsolidierungsmaßnahmen den Haushalt für Forschung und Innovation deutlich ausweitet. Für die Jahre 2009 bis 2013 sind hierfür zusätzliche sechs Milliarden Euro vorgesehen. Die Bundeshaushalte 2010 und 2011 wiesen bereits eine deutliche Budgetsteigerung in diesen Bereichen aus. Auch für das Jahr 2012 ist ein weiterer Aufwuchs vorgesehen. Alleine das Bundesministerium für Bildung und Forschung (BMBF) soll rund elf Prozent mehr Mittel erhalten. Bereits in den letzten Jahren hat die ressortübergreifende „Hightech-Strategie“ der Bundesregierung starke Impulse für die Innovationsaktivitäten der Wirtschaft setzen können. Dies auch durch die mittelstandsbezogenen Programme „KMU-innovativ“ oder das „Zentrale Innovationsprogramm Mittelstand“ (ZIM).

Allerdings sollte die avisierte neue Hightech-Strategie unter Federführung des Bundesministeriums für Bildung und Forschung (BMBF) ihre Förderschwerpunkte stärker auf ökonomische Potenziale fokussieren um einen entsprechenden „Hebel“ bei den Unternehmen zu bewirken.

D. h. die Strategie muss sich mehr als heute an der wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit und an der bestehenden bzw. durch die Förderung zu erwartenden industriellen Wertschöpfung ausrichten. Bei ihrer Umsetzung sollten somit messbare Ziele gemeinsam mit der Wirtschaft formuliert werden. Grundsätzlich gilt: Förderschwerpunkte und auch die einzelnen Förderprogramme sollten regelmäßig nach Effizienz Gesichtspunkten bewertet werden. Für die richtige Ausgestaltung der Förderprogramme sollten die Praxiserfahrungen der Unternehmen stärker genutzt werden.



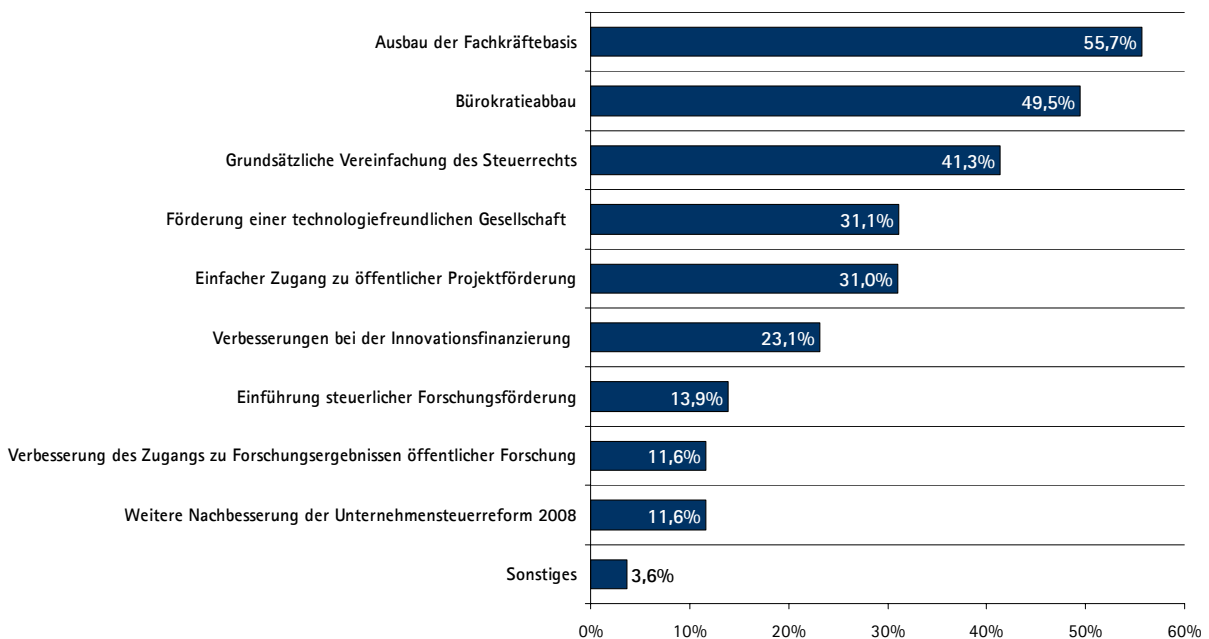
## 2. Innovationsstandort Deutschland auf dem Prüfstand

Höchste Priorität für die Verbesserung des Innovationsstandorts Deutschland hat für die Unternehmen der Ausbau der Fachkräftebasis (56 Prozent). Unternehmen haben große Schwierigkeiten, geeignete Forscher, Ingenieure und Techniker zu rekrutieren und sind dadurch in ihrer Innovationsfähigkeit deutlich eingeschränkt. An zweiter Stelle steht der Bürokratieabbau mit 50 Prozent gefolgt von der grundsätzlichen Vereinfachung des Steuerrechts (41 Prozent).

gangs zu Erkenntnissen aus der öffentlichen Forschung angesehen (12 Prozent) sowie weitere Nachbesserungen der Unternehmensteuerreform 2008 (12 Prozent).

Zu den konkreten Unternehmensangaben über Defizite am Innovationsstandort Deutschland kommt allerdings noch ein strukturelles Problem hinzu. So leisten allein die Branchen Fahrzeugbau, Maschinenbau und Elektrotechnik mehr als 60 Prozent der FuE-Ausgaben hierzulande.<sup>2</sup> Dies macht den Standort in der Konsequenz anfälliger hinsichtlich neuer technologischer Entwick-

Was ist aus Sicht Ihres Unternehmens jetzt prioritär für den Innovationsstandort Deutschland? (bis zu drei Antworten möglich)



Aktuell sehen 31 Prozent der Betriebe den einfachen Zugang zur Projektförderung als wichtig für ihre eigenen Innovationsaktivitäten an. Auch mit Blick auf die Förderung einer technologieoffenen Gesellschaft (31 Prozent) sowie Verbesserungen bei der Innovationsfinanzierung (23 Prozent) sehen die Unternehmen Handlungsbedarf. Für 14 Prozent der Betriebe steht die steuerliche Forschungsförderung oben auf der Agenda. Weniger prioritär werden die Verbesserung des Zu-

lungen, die alte industrielle Branchen ersetzen oder grundlegend verändern können und verdeutlicht die Notwendigkeit in „neue“ Branchen zu investieren.

<sup>2</sup> Pressekonferenz des Stifterverbands für die Deutsche Wissenschaft vom 5. Dezember 2011

## 1. Mangel an Spezialisten schlägt auf Innovationsfähigkeit durch

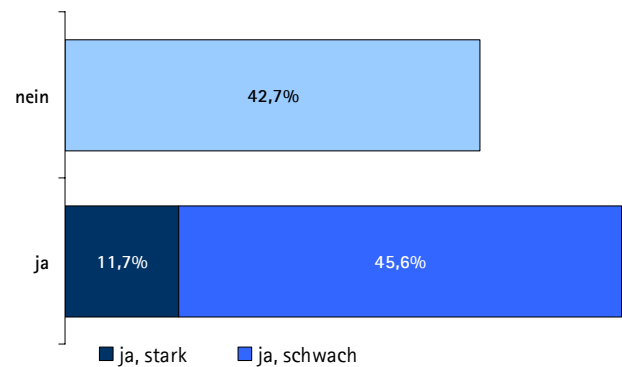
Der geplante Aufwuchs des unternehmerischen Innovationsengagements ist allerdings gefährdet durch den immer akuter werdenden Mangel an Fachkräften und Forschern. So ist der Ausbau der Fachkräftebasis, wie auch bei der Vorjahresumfrage, das zentrale Anliegen der Unternehmen zur Verbesserung des Innovationsstandortes Deutschland. Knapp 56 Prozent der Betriebe fordern dies. Dass der seit einigen Jahren konstatierte Forscher-/ und Fachkräftemangel tatsächlich den Kern der Innovationsfähigkeit der Betriebe schädigt, zeigt eine erstmals erhobene Ergänzungsfrage.

Demnach berichten 57 Prozent der innovationsaktiven Unternehmen von Einschränkungen aufgrund eines Mangels an Spezialisten, 12 Prozentpunkte davon konstatieren gar eine massive Behinderung. Diese deutliche Beeinträchtigung des Innovationspotenzials der deutschen Unternehmen wird selbst bei konjunkturellen Schwankungen kurz- und mittelfristig Bestand haben – gerade vor dem Hintergrund des demographischen Wandels.

Auch der im Grundsatz erfreuliche, deutliche Aufbau an wissenschaftlichem Personal in der öffentlich finanzierten Forschung, induziert durch die Exzellenzinitiative und den Pakt für Forschung und Innovation des Forschungsministeriums, führt zu einem engeren Arbeitsmarkt für Spezialisten in diesem Bereich. Hinzu kommt, dass das hiesige Fachkräftepotenzial weiterhin einer erheblichen Nachfrage aus dem Ausland ausgesetzt ist: Deutsche Hochqualifizierte genießen international einen sehr guten Ruf und werden daher in letzter Zeit zunehmend von ausländischen Unternehmen und Organisationen abgeworben.

Differenziert man nach den verschiedenen Größenklassen, zeigt sich, dass größere Unternehmen noch stärker betroffen sind als kleinere. Fast zwei Drittel der Betriebe mit mehr als 250 Mitarbeitern sehen demnach durch den Forscher-/Fachkräftemangel ihre Innovationsfähigkeit eingeschränkt. Dies wirkt insofern verschärfend, als diese Unternehmensgruppe für mehr als vier Fünftel der Forschungs- und Entwicklungsausgaben in Deutschland verantwortlich zeichnet.

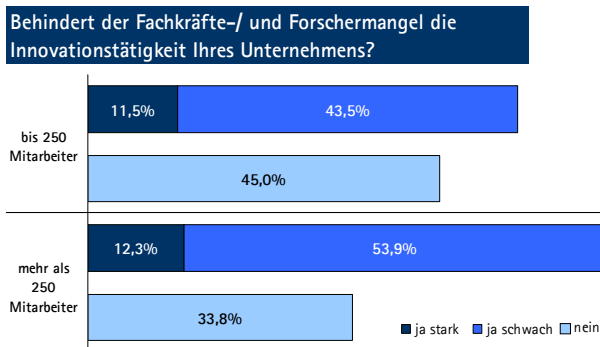
### Behindert der Fachkräfte-/ und Forschermangel die Innovationstätigkeit Ihres Unternehmens?



Hinsichtlich der Branchen zeigen sich in der Elektrotechnik (68 Prozent ja, schwach oder ja, stark) und im Maschinenbau (69 Prozent ja, schwach oder ja, stark) die deutlichsten Einschränkungen. Ebenfalls überdurchschnittlich betroffen ist die pharmazeutische und chemische Industrie (61 Prozent).

Diese Zahlen belegen, dass es sich bei dem Mangel an Spezialisten um den Flaschenhals des deutschen Innovationssystems handelt und Verbesserungen in diesem Bereich die größte Gesamtwirkung entfalten würden. Arbeitskräfteengpässe zeigen sich dabei nicht nur im Bereich der Hochqualifizierten oder im technisch-naturwissenschaftlichen Bereich. Forschung, Entwicklung und Innovation ist das Ergebnis von Teamarbeit. Hieran sind nicht nur Akademiker beteiligt, sondern auch Arbeitskräfte, die einen

Fachwirt, einen Meister oder einen anderen Weiterbildungsabschluss vorweisen können, werden gesucht.



### Zuwanderung als Lösungsbaustein

Die von der Bundesregierung vor kurzem avisierte Senkung der Einkommensgrenze im Rahmen der Niederlassungserlaubnis für Staatsbürger außerhalb der EU von derzeit 66.000 auf 48.000 Euro ist ein wichtiger Schritt für die Anwerbung von ausländischen Fachkräften – selbst wenn diese Schwelle weiterhin für manche Betriebe zu hoch sein dürfte. Gleiches gilt für die Änderung, dass ausländische Absolventen deutscher Hochschulen künftig nahezu unbeschränkten Arbeitsmarktzugang erhalten sollen. Auch die Europäische Union fördert dies mit ihrer „Blue Card“ Richtlinie. Wichtig ist nun, die Zuwanderungsmöglichkeiten insbesondere im Ausland zu kommunizieren und dort für den Arbeits- und Studienort Deutschland zu werben. Darüber hinaus sollten sich Politik und Wirtschaft noch stärker für die Rückkehr von im Ausland tätigen deutschen hochqualifizierten Fachkräften und Wissenschaftlern einsetzen.

Zudem ist im deutschen Bildungssystem das Thema „Faszination für wissenschaftlichen Fortschritt und eine positive Wahrnehmung im Bereich MINT (Mathematik, Informatik, Naturwissenschaft und Technik)“ zu schwach ausgeprägt. Hier stoßen die IHKs eine Reihe von Initiativen an. Beispielsweise haben die IHKs und der DIHK

mit „tecnopedia“<sup>3</sup> eine „Mitmach-Plattform“ für Unternehmer, Schüler, Lehrer und Eltern, Hochschulen und Forschungseinrichtungen im Bereich der Förderung von Mathematik, Informatik, Naturwissenschaft und Technik (MINT) geschaffen. Das Portal – Preisträger im bundesweit ausgetragenen Innovationswettbewerb „365 Orte im Land der Ideen“ – bietet unter anderem eine Internet-Datenbank mit Experimenten für den naturwissenschaftlichen und technischen Unterricht, die von den Nutzern wie Unternehmern, Lehrern oder Schülern selbst gepflegt wird. Hinzu kommt eine Internet-Datenbank zu Angeboten von Schülerlaboren, Technikmuseen, Kinder-Unis oder Unternehmensbesuchsprogrammen.

Die Unternehmen reagieren mit einer breiten Palette von Aktivitäten auf die vorhandenen Fachkräfteengpässe, müssen und werden diese in Zukunft aber weiter ausbauen. So versuchen sie, ihre älteren Arbeitnehmer, die mit ihrer umfangreichen Innovationserfahrung immer wertvoller werden, im Betrieb zu halten. Um ihre Attraktivität für jüngere, hochqualifizierte Ingenieure und Forscher zu erhöhen, verstärken die Unternehmen zudem ihre Anstrengungen für die bessere Vereinbarkeit von Familie und Beruf. Die IHKs und das Netzbüro „Erfolgsfaktor Familie“ des DIHK unterstützen die Betriebe dabei praxisorientiert, z. B. mit Checkheften zur familienfreundlichen Personalpolitik.<sup>4</sup>

Das vom BMBF in Berlin geplante „Haus der Zukunft“ (HdZ) im Sinne eines „Schaufensters für den Wissenschafts- und Innovationsstandort Deutschland“ ist ein vielversprechendes Projekt, um einer breiten Zielgruppe – insbesondere jungen Menschen – die Faszination von Wissenschaft und Technik näher zu bringen. Das Projekt kann für die Wirtschaft einen Mehrwert bieten. Beispielsweise auch durch die Möglich-

<sup>3</sup> Siehe [Internetauftritt von „tecnopedia“](#).

<sup>4</sup> Siehe Internetauftritt des [Netzbüros „Erfolgsfaktor Familie“](#).

keit, ausländischen Delegationen und Besuchern in Berlin Einblicke in die deutsche unternehmerische Forschungslandschaft zu ermöglichen. Entscheidend für den nachhaltigen Erfolg werden die politische Unabhängigkeit des HdZ sein sowie klar definierte Prozesse und Kriterien zur Auswahl der Themen.

## 2. Kompliziertes Steuerrecht und Bürokratie bremsen Innovationsdrang

Die grundsätzliche Vereinfachung des Steuerrechts ist nach wie vor eine zentrale Forderung der Unternehmen mit Blick auf den Innovationsstandort Deutschland: 41 Prozent aller Betriebe sehen hier Handlungsbedarf. Hierbei zeigt sich eine starke Spreizung der Einschätzung zwischen KMU und größeren Unternehmen. Mittelständler sind somit deutlich stärker betroffen (45 Prozent fordern hier Verbesserungen) als größere Unternehmen – „nur“ 29 Prozent sehen eine Vereinfachung des Steuerrechts als prioritär an.

Zur Verfahrensvereinfachung könnten aus Sicht der Unternehmen beispielsweise die Abschaffung der Gebührenpflicht für verbindliche Steuerauskünfte, die Vermeidung übertriebener Missbrauchsverhinderungsnormen, die Abschaffung der monatlichen Abgabepflicht der Umsatzsteuervoranmeldung bei Existenzgründern oder die Vereinfachung elektronischer Rechnungen beitragen. Mit Blick auf die Liquiditätsverbesserung sehen die Unternehmen z. B. Erleichterungen bei der Verlustverrechnung sowie bei der Anrechenbarkeit der Gewerbesteuer auf die Einkommensteuer als wichtig an.

Die Nachbesserung der Unternehmensteuerreform 2008 ist nach wie vor für mehr als jeden zehnten Betrieb (zwölf Prozent) ein Punkt mit Blick auf ihre Innovationsfähigkeit. Auch hier fordern Mittelständler (13 Prozent) deutlich häufiger Nachbesserungen als Großunterneh-

men (sieben Prozent). Insbesondere die Besteuerung von Funktionsverlagerungen, die Zinsschranke, die Mantelkaufregelung sowie die gewerbsteuerlichen Hinzurechnungen (z. B. bei Lizenzen) bremsen unternehmerische Innovationsaktivitäten. 14 Prozent der Unternehmen sehen die steuerliche Forschungsförderung als prioritär für den Innovationsstandort Deutschland an.

Auch der Bürokratieabbau hat weiterhin einen sehr hohen Stellenwert. Insgesamt 50 Prozent der innovativen Unternehmen sehen hier Verbesserungsbedarf, dabei liegen KMU und größere Unternehmen nahezu gleich auf.

Zu den bürokratischen Hemmnissen am Standort Deutschland zählen spezifische Regulierungen im Innovationsbereich. Aber auch Regelungen, Prozesse und Anforderungen, die die unternehmerische Tätigkeit allgemein belasten bzw. nur mittelbar im Innovationsbereich zum Tragen kommen, können innovationshemmend wirken.<sup>5</sup> Die Unternehmen fordern u. a.:

- Verringerung des Zeit- und Kostenaufwands bei Zulassungs- und Genehmigungsverfahren, z. B. bei der Zulassung von Laboratorien (Einhaltung definierter Schutzstufen), bei der Marktzulassung von Biotechnologieprodukten (GenTG), aber auch bei Baugenehmigungsverfahren; flexiblere Handhabung vorhandener Genehmigungen für Änderungen im Produktionsablauf
- Vereinfachung und Vereinheitlichung der Antrags- und Abwicklungsverfahren bei öffentlichen FuE-Förderprogrammen
- Reduzierung der Bearbeitungszeiträume und Kosten für die Anmeldung von europäischen Patenten

<sup>5</sup> Vgl. [DIHK-Vorschläge zum Bürokratieabbau](#), Berlin, August 2010.

In diesem Zusammenhang sind die vom Bundeskabinett im Dezember 2011 beschlossenen Maßnahmenpakete zum Bürokratieabbau ein wichtiger Schritt. Zu den wichtigsten Änderungen zählt die Verkürzung der Aufbewahrungsfristen von zehn auf fünf Jahre mit einem Entlastungspotenzial in dreistelliger Millionenhöhe. Auch das E-Government-Gesetz mit Erleichterungen im elektronischen Schriftverkehr und der Optimierung der Meldeverfahren in der sozialen Sicherung sowie die Einführung der fortgeschrittenen elektronischen Signatur für Unternehmen würden den betrieblichen Alltag vereinfachen.

### 3. Mangelhafte Akzeptanz für Technologie und Innovation

Für 31 Prozent der Betriebe hat die Förderung einer technologiefreundlichen Gesellschaft für den Innovationsstandort Deutschland eine sehr hohe Priorität – bei den größeren Unternehmen (47 Prozent) sogar noch mehr als für KMU (27 Prozent). Im Vergleich zur Vorjahresumfrage steigt dieser Faktor von Platz fünf auf Platz vier in der Prioritätenliste.

Es geht dabei den Betrieben nicht nur um ideologische Aspekte der öffentlichen Diskussion, bei der häufig die Tendenz besteht, die Risiken von wissenschaftlich-technologischen Neuerungen und nicht deren Chancen zu betonen (Stichwort: Grüne Biotechnologie, Nanotechnologie oder CCS-Technologie). Auch der bildungspolitische Aspekt spielt eine wichtige Rolle: Für später qualifizierte Konsumenten, die technikaffin sind und damit Neuerungen in der Gesellschaft zum Durchbruch verhelfen, muss bereits in der Schule Begeisterung für Technik geweckt und in Ausbildung oder Studium weitergeführt werden.

Der Mangel an Technologiefreundlichkeit strahlt aus Sicht der Unternehmen aber auch in ganz konkrete Herausforderungen wie z. B. die avi-

sierte Energiewende und Fragen zur Standortentwicklung aus. Auch die neue High-Tech-Strategie unter Federführung des BMBF könnte hier stärkere Akzente setzen.

Beispiel Energiewende: Ohne eine sichere und umweltschonende Versorgung mit Energie zu wirtschaftlichen Preisen sind Unternehmen am Standort Deutschland nicht wettbewerbsfähig. Mit den Beschlüssen zum Ausstieg aus der Kernenergie (2002), zur Laufzeitverlängerung (2010) und nun zur beschleunigten Energiewende (2011) haben verschiedene Bundesregierungen massiv in den Energiemarkt eingegriffen. Zur Erreichung der staatlich gesetzten energiepolitischen Ziele benötigen wir neue Kraftwerke, Netze und Speicher in Deutschland und Europa, um die stark schwankende Einspeisung von Wind- und Solarenergie auszugleichen. Die Errichtung moderner Anlagen ist oft nur gegen Widerstand von Teilen der Bevölkerung und daher mit Mehrkosten und zusätzlichem Zeitaufwand möglich. Die Politik muss zusammen mit der Wirtschaft und anderen Akteuren Informationsbarrieren abbauen und für die Akzeptanz bei den Bürgern vor Ort werben.

Beispiel Standortentwicklung: Überzogene Regelungen zu Luftqualität, Umgebungslärm oder Natur- und Artenschutz verursachen Verkehrsbeschränkungen, Flächenengpässe oder Nutzungskonflikte. Erreichbarkeit, Ansiedlung, Produktion sowie die Erweiterung und Modernisierung von Industrie und Gewerbe werden dadurch behindert. Insbesondere Städte sind aber nicht nur als Wohnorte, sondern auch als Handels-, Dienstleistungs- und als Produktionsstandorte unverzichtbar. Der Ausgleich von Wirtschafts- und Umweltinteressen wird erreicht, wenn die Politik stärker auf die Handlungs- und Innovationsfähigkeit der Wirtschaft setzt und hilft, die wirtschaftlichen Chancen, z. B. moderner Umwelttechnologie, zu erschließen.

Beispiel Hightech-Strategie: Die Hightech-Strategie 2020 konzentriert die Innovationspolitik auf die Felder Klima/Energie, Mobilität, Gesundheit/Ernährung, Sicherheit und Kommunikation. So sollen wie bei der Initiative zur Elektromobilität weitere Zukunftsprojekte mit konkreten Zielen ausgearbeitet werden. Bislang liegt jedoch lediglich eine Übersicht bestehender Förderprogramme in den fünf Feldern vor. Vor dem Hintergrund der Förderung einer technologiefreundlichen Gesellschaft ist es jedoch erforderlich, dass die Hightech-Strategie stärker verdeutlicht, welchen Beitrag Forschung und Innovation zur Lösung der gesellschaftlichen Fragen und gleichzeitig zur Stärkung der Wirtschaft liefern kann – in dem Sinne „Das Ganze ist mehr als die Summe seiner Teile“.

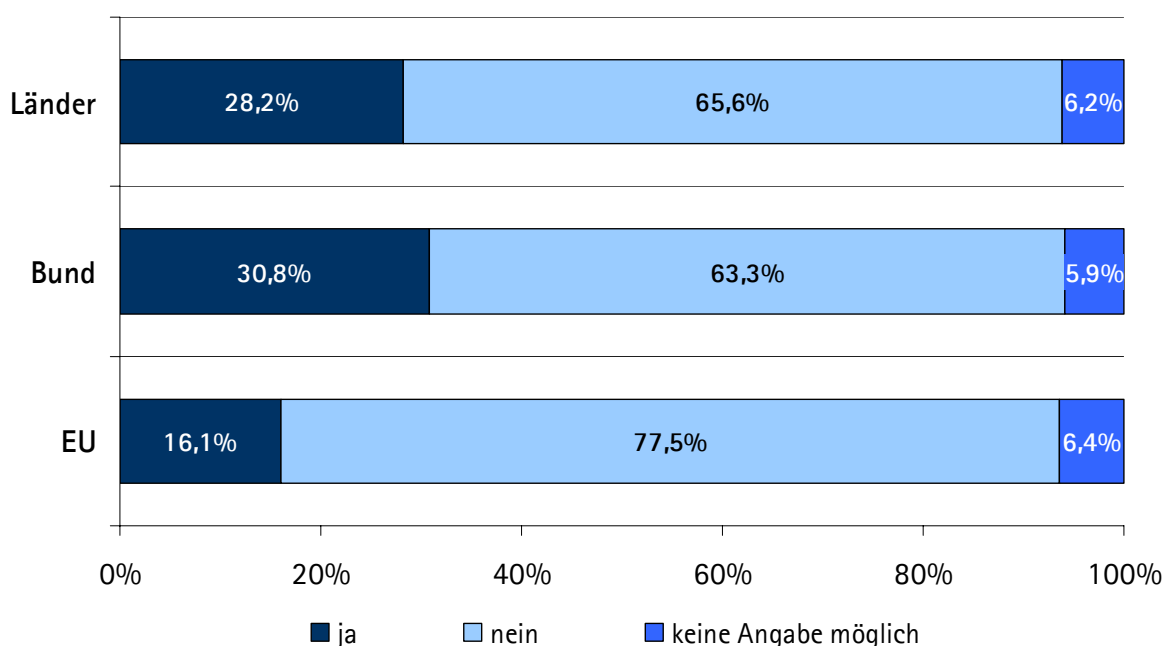
Erste Ansätze hin zu einer stärker systemischen Herangehensweise bei der Betrachtung von Forschung und Innovation hat das BMBF mit dem „Bürgerdialog Zukunftstechnologien“ in diesem Jahr vorgestellt. Bürgerdialoge sollen sich mit

Technologien befassen, die in naher Zukunft den Alltag in besonderer Weise prägen könnten und die sowohl für Wirtschaft und Wissenschaft als auch für die Gesellschaft eine hohe Relevanz besitzen. Bürger können sich über die aktuelle Forschung auf zukunftsweisenden Gebieten informieren und sich im offenen Austausch mit Experten eine fundierte Meinung bilden. 2011 wurden die Themen „Energietechnologien für die Zukunft“ sowie die „Hightech-Medizin“ diskutiert.

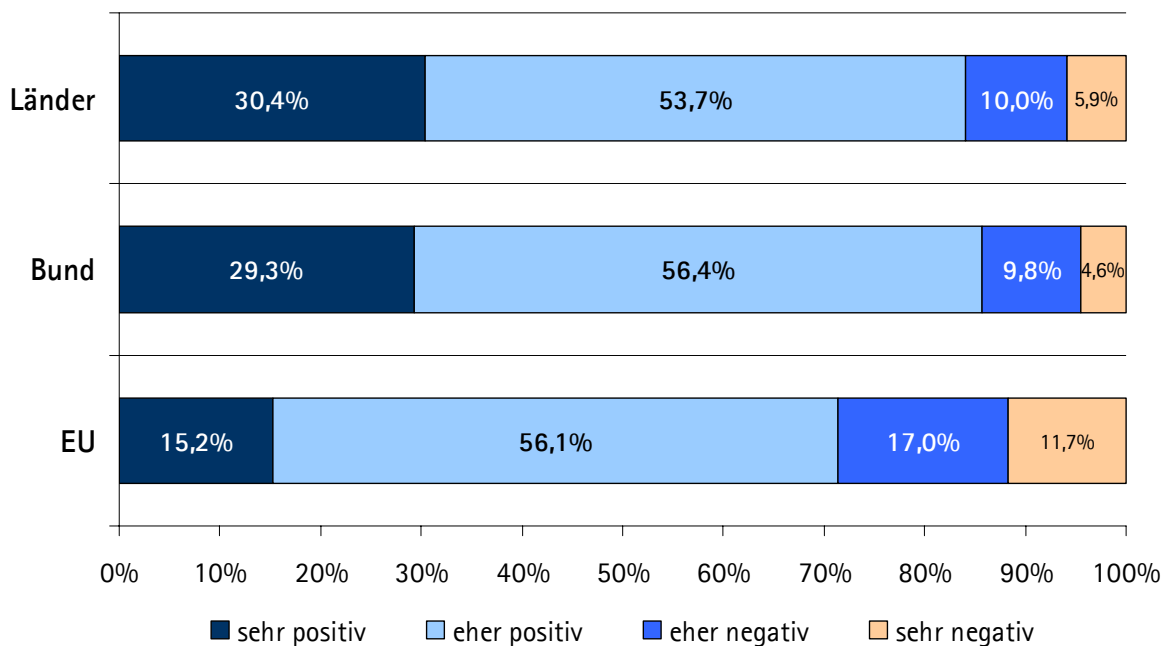
#### 4. Gute Noten für die deutsche Förderpolitik

31 Prozent der Unternehmen sehen den Zugang zu öffentlicher Projektförderung als einen Schlüsselfaktor für den Innovationsstandort Deutschland an. Insbesondere für KMU (34 Prozent) stellt diese eine wichtige Möglichkeit dar, innovative Projekte zu finanzieren und im Falle der Verbundforschung Kooperationen mit Forschungseinrichtungen oder anderen Unternehmen einzugehen. Ein knappes Drittel der Un-

#### Hat Ihr Unternehmen in den letzten drei Jahren Förderprogramme in Anspruch genommen?



## Hat Ihr Unternehmen in den letzten drei Jahren Förderprogramme in Anspruch genommen? – Falls ja, wie waren die Erfahrungen?



Unternehmen hat in den vergangenen drei Jahren selbst ein Förderprogramm des Bundes bzw. der Länder in Anspruch genommen. Dabei werden Bundes- und Länderprogramme gleichermaßen nachgefragt. 84 Prozent der Betriebe geben an, gute bis sehr gute Erfahrungen mit der nationalen, 86 Prozent mit der Landes-Forschungsförderung gemacht zu haben und stellen der Innovationspolitik damit ein grundsätzlich gutes Zeugnis aus.

Somit zeigt sich, dass öffentliche Förderung, gerade bei Investitionen in FuE insbesondere mittelständischer Unternehmen eine wichtige Stellung einnimmt. Ein einfacher und unbürokratischer Zugang zur Projektförderung senkt dabei die Einstiegsbarrieren, gerade für KMU. Hierzu zählen vor allem eine verständliche und zeitnahe Beantragung/Bewilligung der Mittel, aber auch eine am Unternehmen orientierte Durchführung sowie schließlich ein gut handhabbares Abrechnungsverfahren. Einfacher Zugang zur Projektförderung heißt aber auch, dass für die Unternehmen überhaupt ersichtlich ist, welches

Förderprogramm für das konkrete Innovationsvorhaben passt. Derzeit ist es für viele Betriebe, gerade für die mittelständischen, oftmals schwer, dies in der Vielzahl der unterschiedlichen Programme, Geldgeber (EU, Bund, Länder, Gemeinden etc.), Zielrichtungen und Kombinationsmöglichkeiten der Programme zu identifizieren. Dies gilt auch für die zahlreichen Unterstützungsstrukturen: Den Unternehmen sind häufig die vielen Netzwerke, Transferstellen oder Ansprechpartner nicht bekannt.

Als „best practice“ gilt nach wie vor das „Zentrale Innovationsprogramm Mittelstand „ (ZIM) des BMWi, das zahlreiche Innovationsimpulse bei den Unternehmen setzen konnte bzw. setzt. Dies liegt neben dem relativ einfachen und unbürokratischen Zugang insbesondere auch an der grundsätzlichen Themen- bzw. Technologieoffenheit in der anwendungsorientierten Forschung.<sup>6</sup> Es ist daher vorgesehen, den ZIM

<sup>6</sup> Das Institut für Wirtschaftsforschung Halle (IWH) kommt in der aktuellen Evaluation zu dem Ergebnis, „dass das mit erheblichen zusätzlichen Mitteln aus dem Konjunkturpaket II ausgestattete

Haushalt 2012 auf rund 500 Millionen Euro anzuheben.

An forschungsintensive KMU wendet sich komplementär die BMBF-Initiative „KMU-innovativ“ mit einem ebenfalls einfachen Verfahren der Beantragung, Durchführung und Abrechnung. Es soll Unternehmen, die noch wenig Erfahrung in Verbundforschungsprogrammen haben, einen Einstieg in das vernetzte Forschen und Entwickeln gemeinsam mit Hochschulen und Forschungseinrichtungen erleichtern.<sup>7</sup> Seit 2007 wird „KMU-innovativ“ themenoffen in acht Technologiefeldern angeboten. Im Oktober 2011 wurde es um einen weiteren Baustein „Medizintechnik“ erweitert.

Das BMBF hat 2011 die Forderungen der Wirtschaft nach einer vereinfachten Projektförderung aufgegriffen und Vorschläge zur Novellierung gemacht, die eine Anpassung der Gemeinkostenpauschale sowie eine Vereinfachung der Verwertungsregeln für Forschungsergebnisse betreffen. Pauschale Abrechnungsregeln stellen insbesondere eine Verfahrenserleichterung für KMU dar, die keinen Einzelkostennachweis führen können. Um mittelständische Unternehmen künftig nicht zu benachteiligen, sollte die novellierte Pauschale – bislang lag diese bei 120% – wenn überhaupt, nur moderat abgesenkt werden.

Das BMBF plant zudem, aufwändig nachzuweisende Verwertungspflichten auf eine angemessene Berichtspflicht zu reduzieren. Dabei soll künftig davon ausgegangen werden, dass geför-

derte Unternehmen grundsätzlich ein Eigeninteresse an der Verwertung haben. Eine Erweiterung des Verwertungsbegriffes sieht im Übrigen auch eine Verwertung durch Dritte vor (z. B. durch Auslizenzierung).

Über die geplante Novellierung hinaus besteht Verbesserungsbedarf in der Projektförderung u. a. bei einer konsequenten Ausweitung der technologieoffenen Förderung in der anwendungsorientierten, aber auch der Spitzenforschung, weiterhin verbesserten Verständlichkeit und geringerer Komplexität der Antragsformulare sowie der Nebenbestimmungen, weiteren Reduzierung der Belastungen durch Berichts- und Rechnungslegungspflichten, Beschleunigung der Bewilligungsentscheidung sowie einer flexibleren Handhabung bei Modifikationen in der Kostenplanung (Mittelverschiebung).

Die auf europäischer Ebene festgelegten, so genannten „KMU-Kriterien“ schließen einen Großteil mittelständisch geprägter Strukturen in Deutschland von der spezifischen Forschungsförderung für KMU aus. Bislang zählen hierzu Unternehmen mit weniger als 250 Mitarbeiter, bis zu 50 Mio. Euro Umsatz bzw. 43 Mio. Euro Bilanzsumme. Die über Jahre wiederholte Forderung, diese Definition zu überdenken bzw. zu erweitern, scheint jetzt Wirkung zu zeigen: Die Europäische Kommission plant im Jahr 2012, sich dieser Frage anzunehmen und einen Konsultationsprozess zur KMU-Definition zu initiieren.

Eine weitere Herausforderung für mittelständische Unternehmen stellt oftmals der Zugang zu Erkenntnissen aus der öffentlichen Forschung dar. So mangelt es an Informationen, welche Forschungseinrichtung auf welchen Gebieten aktiv ist. Zudem betrachten viele Universitäten und Forschungseinrichtungen den Technologietransfer nicht als eine vordringliche Aufgabe,

ZIM in der zurückliegenden Wirtschafts- und Finanzkrise einen beachtlichen Beitrag zur Stabilisierung des innovativen Mittelstands geleistet hat.“

<sup>7</sup> Eine Evaluation durch das Zentrum für Europäische Wirtschaftsforschung (ZEW), prognos und das Institut für Mittelstandsforschung bescheinigt KMU-innovativ, bis 2009 über 18 Prozent der KMU in Deutschland, die „Spitzenforschung“ betreiben, als Antragssteller erreicht zu haben. Zudem wird festgestellt, dass in 2009 68 Prozent der skizzeneinreichenden KMU und 66 Prozent der Fördermittelempfänger zuvor noch keine Fachprogrammförderung erhalten hatten.

gerade wenn es um die Zusammenarbeit mit KMU geht.

### Europäische Forschungsförderung mit Defiziten

Während insgesamt der Förderung auf Bundes- und Landesebene ein positives Zeugnis ausgestellt wird, stellt sich mit Blick auf die europäische Forschungsförderung ein ganz anderes Bild dar. Hier haben 16 Prozent der Unternehmen Mittel der Europäischen Kommission erhalten. Zudem bewerten die Unternehmen, die eine europäische Forschungsförderung erhalten haben, diese negativ. Während für Deutschland lediglich 15 Prozent der Unternehmen die Forschungsförderung negativ bis sehr negativ beurteilen, erhält im Gegensatz dazu die Europäische Forschungsförderung schlechte Noten: Fast 30 Prozent gaben an, negative bis sehr negative Erfahrungen gemacht zu haben.

Denn für viele Unternehmen, und darunter in besonderem Maße KMU, sind die Hürden einer Teilnahme an EU-Projekten hoch. Die Programme haben oft ein schlechtes Image, z. B. wegen der unübersichtlichen Informationen, komplizierten Antragsverfahren und langen Fristen. Sprachbarrieren und Schwierigkeiten bei der Suche internationaler Partner erschweren noch die Lage. KMU haben oft dabei größere Probleme, da sie keine spezifischen Ressourcen im Unternehmen für die komplexen Prozesse der Antragstellung freistellen oder gezielt ausbilden können.

Die internationale Vernetzung ist aber für Unternehmen insgesamt, und verstärkt auch für KMU, immer relevanter. Durch die Vernetzung kann ungenutztes Innovationspotenzial freigesetzt werden, Unternehmen können ihre Innovationsleistung steigern und daraus entstehen Vorteile für die Wirtschaft insgesamt. In dem jetzt im Entwurf vorgelegten Programmpaket

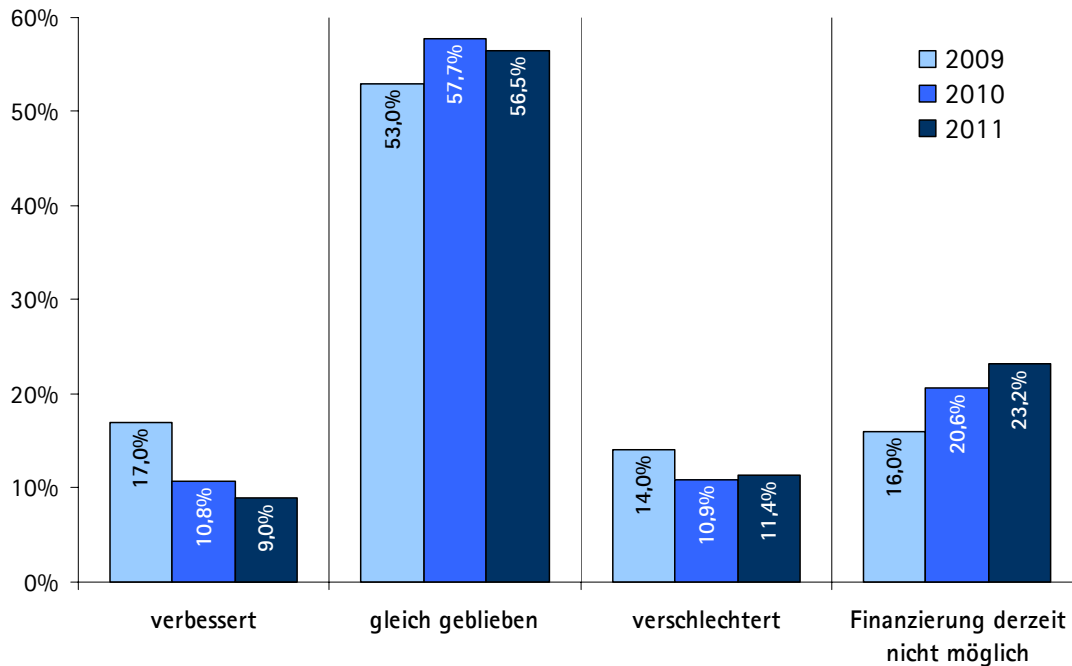
„Horizon 2020“ für die kommende Förderperiode ab 2014, hat die Europäische Kommission weniger Bürokratie für die Europäische Forschungsförderung angekündigt: Alle Maßnahmen sollen künftig „unter einem Dach“ gebündelt werden mit einer zentralen Anlaufstelle für alle „Horizon 2020“ Vorhaben. Für mehr Transparenz und Effizienz soll es vereinfachte und einheitliche Regeln für die Projektbeantragung geben, unabhängig davon, ob es sich beim Vorhaben um Grundlagenforschung oder vorindustrielle FuE handelt. Daher werden lediglich zwei Förderquoten festgelegt mit bis zu 100 Prozent für Forschungs- und 70 Prozent für marktnahe Tätigkeiten. Darüber hinaus wird eine „Flatrate“ von 20 Prozent für indirekte Kosten (Overhead) eingeführt. Die Kommission strebt an, dass die Dauer von Antragsstellung bis zur Bewilligung drastisch verkürzt wird und innerhalb von 100 Tagen erfolgen soll. Neben Exzellenz als Auswahlkriterium sollen für alle für FuE-Vorhaben die „Wirkungsbreite“ sowie „Verwertungschancen“ für die Auswahl der Anträge wesentlich sein.

Insgesamt sollte „Horizon 2020“ dabei echte Beteiligungschancen für Unternehmen, vor allem des Mittelstands, an der EU-Förderung schaffen. Denn, eine Beteiligung der Wirtschaft von zuletzt nur 25 Prozent am aktuellen siebten Europäischen Forschungsrahmenprogramm ist deutlich zu gering und entspricht nicht der tatsächlichen Forschungsleistung der Betriebe. Es sind Unternehmen, die durch Forschung und Entwicklung Produkt- und Dienstleistungserfolge realisieren können und somit – direkt und indirekt – das Wirtschaftswachstum steigern sowie neue Arbeitsplätze schaffen können.

### 5. Lage bei Innovationsfinanzierung trübt sich ein

Für 23 Prozent der Betriebe sind Verbesserungen bei der Innovationsfinanzierung prioritär für den

## Welche Erfahrungen macht Ihr Unternehmen bei der externen Innovationsfinanzierung im Vergleich zum Vorjahr?



Innovationsstandort Deutschland. In diesem Zusammenhang berichten nur noch neun Prozent aller Unternehmen von verbesserten und 57 Prozent von gleichbleibenden externen Finanzierungsmöglichkeiten für ihre Innovationsprojekte im Vergleich zum Vorjahr, 35 Prozent hingegen von Verschlechterungen. Dabei geben mittlerweile 23 Prozent aller Betriebe an, keine externe Finanzierung für ihre Innovationsprojekte erhalten zu können. Dies bedeutet in der Rückschau seit 2009 eine kontinuierliche Verschlechterung der Finanzierungsmöglichkeiten für Innovationsprojekte. Die angespannte Finanzierungssituation trifft KMU noch härter als größere Unternehmen. So geben bei den Mittelständlern 36 Prozent an, dass sich die Bedingungen für eine externe Finanzierung verschlechtert haben, bzw. eine solche derzeit nicht möglich ist. Bei den größeren Unternehmen ist dies „nur“ bei 27 Prozent der Fall.

Kreditfinanzierung setzt eine solide Eigenkapitalausstattung der Unternehmen voraus und ist

selbst in „normalen“ Zeiten ein schwieriges Unterfangen. Der Erfolg der zu beleihenden Innovationsprojekte ist häufig nicht oder nur schwer abschätzbar und stellt für die Kapitalgeber damit ein erhöhtes, schwer zu kalkulierendes Risiko dar.

Angesichts der eingeschränkten Risikoübernahmemöglichkeiten der europäischen Kreditwirtschaft durch Basel III dürften zukünftig gerade Finanzierungen, die per se risikoreicher sind – wie Existenzgründungen, Unternehmensnachfolgen und Innovationen weiter erschwert werden. Verschärfend tritt die Verunsicherung an den Finanzmärkten hinzu, die es für die hiesigen Banken nicht leicht machen wird, frische Mittel zu bekommen um das eigene Eigenkapital zu erhöhen. Hinzu kommt, dass im Jahr 2011 eine ganze Reihe von (standardisierten) Mezzanine-Programmen<sup>8</sup> auslaufen, die für die Betriebe Ei-

<sup>8</sup> Mezzanine-Kapital ist eine Mischform zwischen Eigen- und Fremdkapital. Dabei wird einem Unternehmen wirtschaftliches oder bilanzielles Eigenkapital zugeführt, ohne den Kapitalgebern

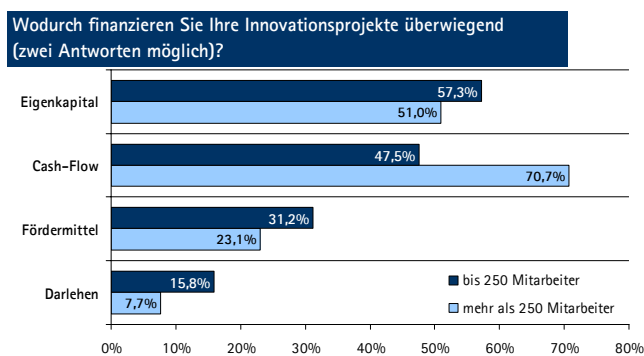
genkapitalcharakter aufgewiesen hatten und nun abgelöst werden müssen. Vor diesem Hintergrund ist ein Engpass im Bereich der externen Innovationsfinanzierung für das Jahr 2012 nicht ausgeschlossen.

### Quelle der Innovationsfinanzierung: Eigenkapital

Die sich möglicherweise verschlechternden externen Finanzierungsmöglichkeiten haben Auswirkungen auf die Bedeutung der verschiedenen Finanzierungsarten für Innovationsprojekte.

56 Prozent der Betriebe finanzieren ihre Innovationsprojekte demnach überwiegend aus dem Eigenkapital, 52 Prozent nutzen den Cash-Flow, immerhin 30 Prozent erhalten Förderungen und lediglich 14 Prozent nutzen die Finanzierungsoption über Darlehen.

Damit zeigt sich, dass eine solide Eigenkapitalbasis für die Innovationsfähigkeit der Unternehmen von wesentlicher Bedeutung ist. Dies gilt mit Blick auf eine zukünftig stärker regulierte Kreditwirtschaft und damit einhergehend höheren Hürden beim Fremdkapitalzugang umso mehr.



In diesem Zusammenhang wäre die Wiedereinführung der sogenannten degressiven AfA (Absetzung für Abnutzungen), die es den Unter-

Stimm- oder Einflussnahmerechte wie den echten Gesellschaftern zu gewähren.

nehmen ermöglicht, die Anschaffungskosten von Investitionen schneller von der Steuer abzusetzen eine sinnvolle Maßnahme. Denn die degressive AfA – am Anfang mehr, am Ende weniger Abschreibungsvolumen – entspricht am ehesten dem wirtschaftlichen Wertverzehr von Investitionen. Besonders für innovative Unternehmen ist die degressive Abschreibung steuerlich günstig, da z. B. angeschaffte teure Laborgeräte zu Beginn stark genutzt werden, über die Jahre aber aufgrund neuer technologischer Entwicklungen immer weniger zum Einsatz kommen, weil dann in der Regel neue Geräte erforderlich sind. Darüber hinaus sind diese Abschreibungsmöglichkeiten für innovative Gründungen, die am Anfang nur geringe Erträge erwirtschaften bzw. hohe Reinvestitionen tätigen müssen von großer Bedeutung.

Die wichtige Möglichkeit zur Stärkung der Eigenkapitaldecke über externes Beteiligungskapital (Wagniskapital für frühere Finanzierungsphasen und Private Equity für spätere Finanzierungsphasen) ist hierzulande im internationalen Vergleich deutlich unterentwickelt.

Das liegt auch am mangelnden Rechtsrahmen und an zu restriktiven Regelungen im Steuerrecht. So gibt es derzeit in Deutschland keine Rechtssicherheit hinsichtlich der Einstufung von Fonds als „vermögenverwaltend“.<sup>9</sup> Diese Einstufung wird derzeit nur auf Basis einer teilweise unklaren Verwaltungsanweisung des Bundesfinanzministeriums gewährt. In der Folge kann das Risiko einer Doppelbesteuerung – des Investors und des Fonds – nicht ausgeschlossen werden. Dies gilt insbesondere nach dem Urteil des Bundesfinanzhofs vom 24. August 2011 (I R 46/10), welches „nebenbei“ festgestellt hat, dass

<sup>9</sup> Ist ein Fonds steuertransparent (oder vermögenverwaltend im Gegensatz zu gewerblich), wird nicht der Fonds besteuert – er bleibt „transparent“ – sondern seine Anleger. Ohne diese Steuertransparenz investieren internationale Investoren nur zögerlich in deutsche Fonds, da sie in diesem Fall nicht nur in ihrem Heimatland, sondern auch in Deutschland steuerpflichtig würden.

Beteiligungskapitalfonds immer gewerblich sein. Obgleich die Reaktion der Finanzverwaltung zu diesem Urteil noch aussteht, hat es bereits zu großer Verunsicherung bei Wagniskapitalfonds geführt. Daneben macht die restriktive Regelung zur Nutzung des Verlustvortrags (§ 8c KStG, auch Mantelkaufverbot) Investitionen in insbesondere junge innovative Unternehmen unattraktiver. Einen Standortnachteil haben deutsche Beteiligungsfonds auch dadurch, dass sie auf die Verwaltung der Fonds („management fee“) Umsatzsteuer entrichten müssen. Damit werden Beteiligungsfonds gegenüber anderen – umsatzsteuerfreien – Anlageklassen schlechter gestellt.

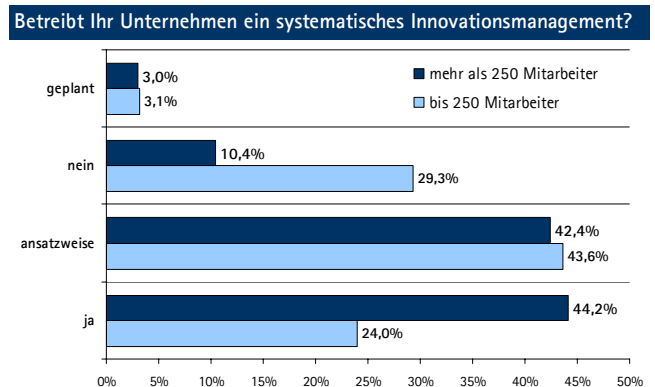
Die Politik sollte die Möglichkeit nutzen, bei der Umsetzung der Vorgaben der kürzlich verabschiedeten Europäischen AIFM-Richtlinie<sup>10</sup> einen klaren und wachstumsförderlichen Rechtsrahmen, der international üblichen Anforderungen entspricht, zu schaffen.<sup>11</sup>

### 3. Innerbetriebliches Innovationsmanagement wird zu selten implementiert

Innerbetriebliches Innovationsmanagement wird von den Unternehmen häufig nicht mit der gebotenen Konsequenz verfolgt – hier besteht weiterhin Handlungsbedarf. Denn Innovationsmanagement ist für die langfristige Positionierung eines Unternehmens von großer Bedeutung. Insgesamt haben knapp 72 Prozent der Unternehmen Prozesse in diesem Bereich imp-

lementiert. Davon verfügen allerdings 43 Prozent nur über Ansätze im Innovationsmanagement.

Gerade kleinen und mittleren Unternehmen (KMU) fehlt oft die strukturelle Verankerung der Innovationskultur im Unternehmen. Hier geben rund 73 Prozent an, diese nicht oder nur ansatzweise etabliert zu haben.



So werden beispielsweise Ideen von Mitarbeitern nicht systematisch erfasst, oder es wird mit dem Patentschutz nicht strategisch genug umgegangen. Auch für die Kreditfinanzierung von Innovationsprojekten, bei denen meist immaterielle Unternehmenswerte im Vordergrund stehen, ist es oftmals entscheidend, als Kreditnehmer durch ein professionelles Innovationsmanagement zu überzeugen – gerade vor dem Hintergrund perspektivisch strengerer Eigenkapitalunterlegungsregeln seitens der Banken (Stichwort Basel III), die zu einem restriktiveren Verhalten bei den Kreditgebern führen könnten.

Die Wirksamkeit politischer Maßnahmen, wie das Mitte des Jahres 2011 modifizierte Programm „Go-Inno“ des Bundesministeriums für Wirtschaft und Technologie (BMWi), hat sich bis dato als relativ begrenzt erwiesen. Optimierungspotenzial sehen die IHKs hinsichtlich der Abstimmung mit Länderprogrammen und der Verfügbarkeit von qualifizierten (durch das Programm geförderten) Beratern.

<sup>10</sup> Die Richtlinie, die bis 2013 in nationales Recht umgesetzt werden muss, betrifft alle offenen und geschlossenen Fonds bzw. ihre Manager, welche nicht bereits reguliert werden, mit dem Ziel systemische Risiken der Finanzmärkte zu reduzieren. In den Anwendungsbereich der Richtlinie fallen auch Private-Equity- und Wagniskapitalfonds mit einem kumulierten Vermögen von mehr als 500 Millionen Euro, obgleich diese keine systemischen Risiken darstellen. Für die Manager dieser Fonds und unter bestimmten Bedingungen die durch die Fonds finanzierten Unternehmen werden durch die Richtlinie neue Regulierungspflichten eingeführt. So müssen Unternehmen, die durch einen von der Richtlinie betroffenen Fonds (zu mehr als 50 Prozent) finanziert sind, z. B. besondere Offenlegungsvorschriften hinsichtlich ihrer Geschäftssituation erfüllen.

<sup>11</sup> Hierzu hat der DIHK im Rahmen eines [Positionspapiers](#) im November 2011 Vorschläge unterbreitet.

## II. IHK-INNOVATIONS- UND TECHNOLOGIEBERATUNG: FLÄCHEN-DECKENDER SERVICE FÜR INNOVATIVE UNTERNEHMEN

### Idee sucht Markt – IHK-Services regional und deutschlandweit

Innovation, Forschung und Technologie sind die Basis dafür, dass deutsche Unternehmen auch in Zukunft in Deutschland, Europa und weltweit erfolgreich sind. Der Erfolg von Unternehmen beginnt in den Regionen. Hier unterstützen bundesweit rund 140 Innovations- und Technologieberaterinnen und -berater der 80 Industrie- und Handelskammern (IHKs) die Unternehmen bei der Suche nach innovativen Lösungen.

### Übersicht in Zahlen

In jährlich<sup>12</sup> weit über 9.000 Beratungsgesprächen<sup>13</sup> und bei mehr als 1.600 Veranstaltungen mit rund 62.000 Teilnehmern bieten die IHKs Informationen zu allen Aspekten von Forschung

Förderung und Finanzierung oder technologieorientierte Existenzgründung. Sie vermitteln Kontakte zu Spezialisten aus Wirtschaft, Wissenschaft und Consulting (siehe Infokasten 1). Eine Liste der IHK-Innovationsberater ist unter <http://www.dihk.de> abrufbar.

### Interessenvertretung – Partner der Politik

Jahrzehntelange Erfahrung in der Innovations- und Technologieberatung im direkten Kontakt mit den Unternehmen machen die IHKs zu einem gefragten Partner der Politik auf Landes-, Bundes- und EU-Ebene. Sie setzen sich ein für

- innovationsfreundliche Rahmenbedingungen
- Berücksichtigung der Interessen innovativer Unternehmen
- Förderung der Forschungs- und Technologiestandorte
- Ausrichtung der forschungs- und technologiepolitischen Aktivitäten von Land, Bund und EU an den Erfordernissen der Wirtschaft.

#### Infokasten 1

Leistungskriterium der IHK-Innovations- und Technologieberatung	Ergebnisse
Zahl der <b>Erstauskünfte</b> - darunter auch zu europäischen Aspekten	rd. 58.000 rd. 3.750
Durchgeführte <b>Beratungsgespräche</b> insgesamt - darunter auch zu europäischen Aspekten	rd. 9.500 rd. 1.520
Zahl der durchgeführten <b>Veranstaltungen</b> insgesamt Zahl der <b>Teilnehmer</b> insgesamt darunter Personen aus	rd. 1.650 rd. 62.500
- Unternehmen	rd. 45.100
- Wissenschaft und Hochschulen	rd. 8.900
- Politik, Verwaltung, Öffentlichkeit etc.	rd. 8.450

und Innovation, wie z. B. Patente und Lizenzen,

<sup>12</sup> Erhebung aus dem Jahr 2010

<sup>13</sup> Dauer: mindesten 30 Minuten.

ANHANG

FRAGEBOGEN DIHK-Innovationsreport 2011

Informationen zu Ihrem Unternehmen					
Branche	_____	Mitarbeiteranzahl: Davon in FuE:	_____ _____	IHK-Bezirk	_____
			ja	nein	verfolge keine Innovationsaktivitäten
1a) Hat Ihr Unternehmen in den letzten 12 Monaten sein Innovationsverhalten verändert?			<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
Wenn ja, inwiefern?					
Verringerung oder Streichung von Innovationsaktivitäten	<input type="checkbox"/>	Verschiebung von ursprünglich avisierten Innovationsprojekten	<input type="checkbox"/>	Ausbau der Innovationsaktivitäten	<input type="checkbox"/>
1b) Wie wird sich die Innovationstätigkeit Ihres Unternehmens in den nächsten 12 Monaten voraussichtlich entwickeln?					
Verringerung oder Streichung von Innovationsaktivitäten	<input type="checkbox"/>	Keine Veränderung geplant	<input type="checkbox"/>	Ausbau der Innovationsaktivitäten	<input type="checkbox"/>
2) Betreibt Ihr Unternehmen ein systematisches Innovationsmanagement?			ja	ansatzweise	nein
			<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
			geplant	<input type="checkbox"/>	
3a) Welche Erfahrungen macht Ihr Unternehmen bei der externen Innovationsfinanzierung im Vergleich zum Vorjahr?					
Verbessert	<input type="checkbox"/>	gleich geblieben	<input type="checkbox"/>	Verschlechtert	<input type="checkbox"/>
				Finanzierung derzeit nicht möglich	<input type="checkbox"/>
3b) Wodurch finanzieren Sie Ihre Innovationsprojekte überwiegend (zwei Antworten möglich)?					
Eigenkapital	<input type="checkbox"/>	Cash-Flow	<input type="checkbox"/>	Darlehen	<input type="checkbox"/>
				Fördermittel	<input type="checkbox"/>
4) Was ist aus Sicht Ihres Unternehmens jetzt prioritär für den Innovationsstandort Deutschland? (bis zu drei Antworten möglich)					
Ausbau der Fachkräftebasis	<input type="checkbox"/>	Einführung steuerlicher Forschungsförderung	<input type="checkbox"/>	Einfacher Zugang zu öffentlicher Projektförderung	<input type="checkbox"/>
Weitere Nachbesserung der Unternehmensteuerreform 2008 (z. B. bei der Besteuerung von Kostenbestandteilen (Lizenzen), eingeschränkter Verlustvortrag, Zinsschranke)	<input type="checkbox"/>	Grundsätzliche Vereinfachung des Steuerrechts	<input type="checkbox"/>	Verbesserungen bei der Innovationsfinanzierung	<input type="checkbox"/>

Förderung einer technologiefreundlichen Gesellschaft  <input type="checkbox"/>	Verbesserung des Zugangs zu den Forschungsergebnissen öffentlicher Forschungseinrichtungen  <input type="checkbox"/>	Bürokratieabbau (z. B. bei Genehmigungs- und Zulassungsverfahren)  <input type="checkbox"/>
--	--	---

Sonstiges: \_\_\_\_\_

5) Behindert der Fachkräfte-/ und Forschermangel die Innovationstätigkeit Ihres Unternehmens?	nein <input type="checkbox"/>	ja, schwach <input type="checkbox"/>	ja, stark <input type="checkbox"/>
---	----------------------------------	---	---------------------------------------

6a) Hat Ihr Unternehmen in den letzten 3 Jahren Förderprogramme von - EU - Bund - Land - in Anspruch genommen?	Ja <input type="checkbox"/>	Nein <input type="checkbox"/>	Keine Angabe möglich <input type="checkbox"/>
--	--------------------------------	----------------------------------	--

6b) Falls Ja, wie waren Ihre Erfahrungen?	Sehr positiv <input type="checkbox"/>	Eher positiv <input type="checkbox"/>	Eher negativ <input type="checkbox"/>	Sehr negativ <input type="checkbox"/>
---	--	--	--	--